



IMIS Working Papers

01|2018

Die ‚Flüchtlingskrise‘ migrationssoziologisch quergelesen

Antrittsvorlesung anlässlich der Berufung auf die
Professur für Migration und Gesellschaft der
Universität Osnabrück, 1. Dezember 2015

Helen Schwenken, Lisa-Marie Heimeshoff,
Maren Kirchhoff, Johanna Neuhauser

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies

Zitation/Citation

Schwenken, Helen/Heimeshoff, Lisa-Marie/Kirchhoff, Maren/Neuhauser, Johanna (2018): Die ‚Flüchtlingskrise‘ migrationssoziologisch quergelesen. Antrittsvorlesung anlässlich der Berufung auf die Professur für Migration und Gesellschaft der Universität Osnabrück, 1. Dezember 2015. IMIS Working Paper 01, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Osnabrück: IMIS.

Über die Autorinnen/About the Authors

Prof. Dr. Helen Schwenken, Lisa-Marie Heimeshoff M.A., Maren Kirchhoff M.A. und Dr. Johanna Neuhauser arbeiten am Fachgebiet Migration und Gesellschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften und am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

Die **IMIS Working Papers** bieten Einblicke in Forschungen und Diskussionen am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

The **IMIS Working Papers** provide insights into research and ongoing debates at the Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS) at Osnabrück University.

Die IMIS Working Papers sind erhältlich unter/The IMIS Working Papers are available here:

https://www.imis.uni-osnabrueck.de/publikationen/imis_working_papers.html

<http://imis.hypotheses.org>

Redaktion/Editorial Board:

Dr. Johanna Neuhauser, Prof. Dr. Christoph Rass, Prof. Dr. Helen Schwenken, Dr. Frank Wolff

Lektorat: Sofia Ratsitska

Layout: Sofia Ratsitska, Tim Zumloh

Herausgeber:

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Universität Osnabrück

Der Vorstand

D-49069 Osnabrück

Tel.: +49 (0)541 969 4384

E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung: Ein passender Einstieg am IMIS...	3
2. Die ‚Flüchtlingskrise‘, oder: Wie man eine Krise ausbeutet	3
2.1. Wie funktioniert ‚die Flüchtlingskrise‘?	4
2.2. Wer gewinnt die Krise bzw. in ‚der Krise‘?	5
3. Rom_nja: Gute ‚echte‘ versus schlechte ‚unechte‘ Flüchtlinge	7
4. Das <i>Gendering</i> der ‚Flüchtlingskrise‘	10
5. Böses Erwachen nach dem Willkommen: Abschiebungen	13
6. Ausblick	14
7. Literaturverzeichnis	16

1. Einleitung: Ein passender Einstieg am IMIS...

Kurz nach unserer Ankunft an der Universität Osnabrück und im Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) im Wintersemester 2014/2015 kursierten Gerüchte, dass in Osnabrück eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende eingerichtet werden würde. Zu diesem Zeitpunkt konnte sich niemand vorstellen, wie sich die Themen Flucht, Asyl und Grenzen in Deutschland und Europa entwickeln würden. Etwa, dass es einen kurzen Sommer der geöffneten Grenzen geben würde; dass das Asylrecht gleich mehrere Male massiv verschärft werden würde; dass sich allerorten Willkommensinitiativen gründen würden und dass die Anzahl der Brandanschläge auf Unterkünfte und gewalttätigen Übergriffe gegen Geflüchtete massiv ansteigen würde. Es war ein intensives thematisches Ankommen für das Team des Fachgebiets Migration und Gesellschaft in Osnabrück.

Im Zentrum dieser am 1. Dezember 2015 gehaltenen Antrittsvorlesung steht die Frage, wie diese Ereignisse des Jahres 2015 zu verstehen sind. Um den zeitdiagnostischen Charakter beizubehalten, haben wir bei der Bearbeitung für die Veröffentlichung die Einschätzungen retrospektiv nicht verändert. Am Anfang des Beitrags steht eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der ‚Krise‘ durch Helen Schwenken. Anschließend werden drei Teammitglieder exemplarisch je einen aktuellen Diskursstrang betrachten: Lisa-Marie Heimeshoff arbeitet die Logik der Einteilung in willkommene und nicht-willkommene bzw. ‚echte‘ oder ‚unechte‘ Flüchtlinge heraus. Johanna Neuhauser analysiert die geschlechterstereotypen Elemente des Diskurses. Zum Abschluss spannt Maren Kirchhoff den Bogen von unserem Forschungsprojekt zu Protesten gegen Abschiebungen zur aktuellen ‚Flüchtlingskrise‘.

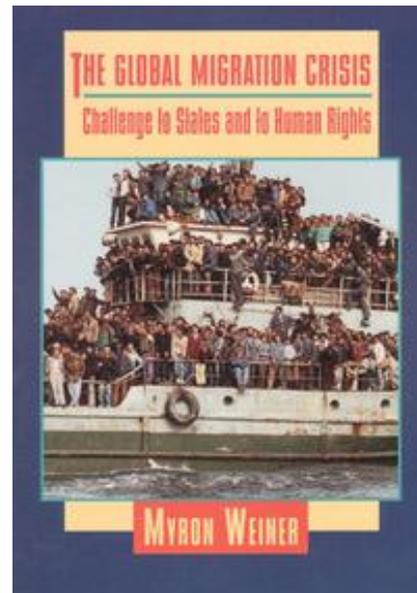
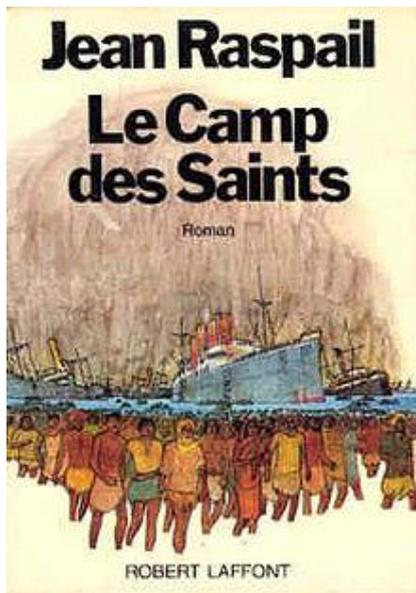
2. Die ‚Flüchtlingskrise‘, oder: Wie man eine Krise ausbeutet

Alle Welt spricht seit dem Sommer 2015 von ‚der Flüchtlingskrise‘. Für Wolfgang Schäuble ist es gar eine „Flüchtlingslawine“ (Spiegel Online 12.11.2015), also eine *menschengemachte* Naturkatastrophe. Hier werden zwei Wörter miteinander in Verbindung gebracht: „Flüchtling“ und „Krise“ bzw. „Flüchtling“ und „Lawine“. Durch die sprachliche Form wird ein Zusammenhang zwischen den beiden hergestellt. Unserer Einschätzung nach ist und war es *keine* ‚Flüchtlingskrise‘, sondern eine strukturelle und historische Krise des europäischen Grenzregimes. Es ist keine *durch* die Geflüchteten entstandene Krise, sondern eine *für* die Zufluchtsuchenden. Und ganz besonders für die im Mittelmeer Ertrunkenen und ihre Angehörigen. Für die hier Angekommenen bedeutet die Flucht meistens eine biografische und berufliche Krise. Und: es finden aus unterschiedlichen Gründen (u.a. geschlossene Fluchtwege, mangelnde Ressourcen, Asylanerkennungspraxen) nicht all‘ diejenigen Schutz, die ihn benötigen. Es ist somit vor allem eine Flüchtlingsschutzkrise.

Zurück zur dominanten Deutung, es sei eine ‚Flüchtlingskrise‘: Von Flüchtlings- oder Migrationskrisen zu reden ist nicht neu. So scheint auch in dieser ‚Krise‘ einiges auf, was aus früheren Migrationskrisen bekannt ist. Für den Flucht- und Migrationsforscher Aristide Zolberg handelt es sich bei den immer wiederkehrenden ‚Migrationskrisen‘ um „böse Geister“, die unbedingt „ausgetrieben“ (Zolberg 2001: 1, eig. Übersetzung) werden müssen. Denn, so Zolberg, die Migrationskrisengeister gehen immer mit repressiven politischen Lösungen und aggressiven Stimmungen in der Bevölkerung einher.

Wenn wir einen Blick in die 1970er und die 1990er Jahre zurückwerfen, so hat sich eine einflussreiche ‚Zweiteilungsnarration‘ durchgesetzt: eine Welt, die unterteilt ist in diejenigen, die etwas haben und die, die nichts haben. Der reiche Norden ist bedroht von einer Invasion der Habenichtse. Für die

Popularisierung dieser Bedrohungsszenarien sind Romane wie der 1973 erschienene und mehrfach wiederaufgelegte *Le Camp des Saints* von Jean Raspail (s.u.) bedeutend. Frankreich und der Westen werden von einer Masseninvasion von Armen heimgesucht, die die Zivilisation zerstört während Europa aus Gründen der ‚political correctness‘ paralytisch ist. Im Jahr 2011 stand der Roman sogar wieder ganz oben auf den Bestsellerlisten. An der Migrationsforschung selber gehen diese apokalyptischen Narrative auch nicht spurlos vorbei, wie das Cover (s.u.) des breit rezipierten Buches *The Global Migration Crisis* von Myron Weiner (1995) zeigt.



2.1. Wie funktioniert ‚die Flüchtlingskrise‘?

Es soll ein Verständnis von ‚Krise‘ vorschlagen werden, das Krise als politischen und gesellschaftlichen Prozess versteht. Damit gibt es eine Krise nicht *einfach so*, sondern bedarf Subjekten und Objekten sowie Narrativen (vgl. Hay 1996: 254, Jessop/Young/Scherrer 2015). Ein wichtiges Instrument des Krisenmanagements ist daher die Sprache. Politisch und medial konkurrieren verschiedene Krisendeutungen miteinander. Dabei sind Krisenmomente auch kontingent und ambivalent: Sie verschärfen Ungleichheiten und können zugleich auch eine offene Situation bedeuten, sogenannte „kritische Momente“ (Bourdieu 1988, Gilcher-Holtey 2001), in denen Bestehendes in Frage gestellt werden kann.

Die spezifische Rahmung – das *framing* – einer Krise legt politische Lösungen nahe. Für politische Akteure ist es durchaus ein ‚Spiel‘, aus Krisen möglichst viel Kapital zu schlagen. Dass in Deutschland einige Akteure, vor allem aus dem Bundesinnenministerium, auf einen derartigen Moment gewartet haben, zeigt die Tatsache, wie schnell jeweils genauestens ausgearbeitete Änderungsvorlagen für das Asylrecht im Sommer 2015 auf den Tisch gezaubert wurden. Diese Gesetzesänderungsinitiativen enthielten Elemente, die im Frühjahr 2015 noch undurchsetzbar gewesen wären, weil sie Verbesserungen im Sinne der Geflüchteten zurücknahmen, die zuvor nach jahrelangem politischen Ringen als Kompromisse durchgesetzt wurden. Stichworte sind hier Residenzpflicht, Sachleistungen, Inhaftierungsgründe und Abschiebungen. Eine diskursive Strategie bestand in einem Exogenisierungs-*frame*. Das heißt die Schuld für ‚die Krise‘ wird außerhalb des eigenen Verantwortungsbereiches gesucht.

Wie im Bilderbuch kann das an der sommerlich-herbstlichen Krisenrhetorik des Jahres 2015 nachgezeichnet werden. Es wird sowohl auf die Unkontrollierbarkeit als auch auf die Unvorhersehbarkeit rekurriert. Dabei ist dieses mit einem nüchternen migrationsforschenden Blick als blauäugig zu bezeichnen. Noch bis 2014 dachte niemand daran, die Aufnahmekapazitäten ernsthaft auszubauen oder Szenarien zu entwickeln, wie auf eine absehbar steigende Zahl Schutzsuchender logistisch reagiert werden könne. Im Gegenteil: In den letzten Jahren wurden vorhandene Unterkünfte rückgebaut. So kam es unweigerlich zu Engpässen und in Folge zu Beschlagnahmungen von Turnhallen oder anderen Gebäuden, zu katastrophalen Überbelegungen der Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte. Dass in derart überbelegten Sammelunterkünften stundenlanges Warten in der Essensschlange zu teils gewalttätigen Konflikten führt, wäre unter gut situierten Osnabrücker_innen nicht anders. Dennoch hat auch uns die repressive Wende des politischen und medialen Diskurses in ihrem Ausmaß überrascht. Bis Anfang September 2015 hatte es noch so ausgesehen als hätte die diskursive Rahmung der ‚Willkommenskultur‘ Oberwasser.

Das Willkommensnarrativ war zunächst empirisch plausibel und politisch gewollt: Es kamen Menschen, denen unbürokratisch Hilfe geleistet wurde. Erinnern wir uns daran, dass an den Münchener, Frankfurter, Göttinger, Hamburger (und zahlreichen weiteren) Bahnhöfen Menschen zusammenkamen, Proviant mitbrachten und auf ‚die Flüchtlinge‘ warteten, um sie zu versorgen und sie willkommen zu heißen. In Osnabrück gingen Tausende auf die Straße, um ‚unsere Flüchtlinge‘ zu unterstützen. In den Medien wurden Parallelen zum ‚Sommermärchen‘ gezogen – also der, wie zwischenzeitlich bekannt geworden durch Korruption erkaufte, Fußballweltmeisterschaft der Männer, bei der die Deutschen feierten, und auf einmal so unverkrampft Nationalfahnen schwenkten. Diesmal schwenkten die helfenden Deutschen keine Fahnen, dies taten die Geflüchteten selber. Sie schrieben Schilder wie „I love Deutschland“, wahlweise „I love Merkel“. Die, um es mit Luis Althusser (2010/1970) oder Judith Butler (2001) zu sagen, „Anrufung“ funktionierte: Helfende waren ‚die guten Deutschen‘, Repräsentant_innen des ‚offenen Deutschlands‘ und solange sich die Geflüchteten dankbar zeigten, waren es unsere Flüchtlinge‘. Politisch kam die Willkommenskultur nicht zuletzt auch denjenigen entgegen, denen der Ruf Deutschlands im Ausland aufgrund der Pegida-Demonstrationen und der großen Zahl an Brandanschlägen gefährdet schien. Die Willkommenskultur fungierte als erfolgreiches Abgrenzungsnarrativ zum Rassismus und Nationalismus, wie er von Anfang der 1990er Jahre bekannt war. Auch uns erreichten Nachfragen von staunenden Kolleg_innen aus dem Ausland, ob es wirklich wahr sei, dass Fußballfans Flüchtlinge willkommen hießen. Ja, das war wahr – aber das Erwachen aus dem Sommermärchen nicht mehr fern.

2.2. Wer gewinnt die Krise bzw. in ‚der Krise‘?

Arjen Boin, Paul ‘t Hart und Allan McConnell sprechen von dem immer wieder zu beobachtenden Prozess, eine Krise zunächst zu deuten und sie danach „politisch auszubeuten“ (Boin/‘t Hart/McConnell 2009, Übersetzung durch d. A.). Nachdem die Autoren eine Vielzahl von Forschungen zu Krisenbewältigungen ausgewertet hatten, schließen sie, dass die Deutungsarbeit von Akteuren in der *ersten* Zeit nach der Krise entscheidend ist. Wer es da schafft, die Krise gemäß der eigenen Vorstellungen zu deuten, hat sehr gute Chancen, dass sich diese Deutung im Laufe der Zeit durchsetzt. Auch für Antonio Gramsci entstehen hegemoniale Projekte aus diesen frühen Bedeutungskämpfen und nicht erst dann, wenn die Krise ihren Zenit überschritten hat (Gramsci 1991, Bd. 2, H. 3, §34, S. 354). Von Ende 2014 bis Sommer/Herbst 2015 konkurrierten nahezu zeitgleich zwei Deutungsangebote: Zunächst befand sich Angela Merkels Herangehensweise mit ihrem viel zitierten Ausspruch „Wir schaffen das“ in einer starken Ausgangsposition, in der die Aufnahme der Geflohenen als

zu bewältigende Herausforderung galt. Im Spätsommer 2015 setzte der Diskurs der ‚Flüchtlingskrise‘ ein. Die provokanten Vorstöße eines Horst Seehofer mögen im ersten Moment für die Öffentlichkeit und die Mehrzahl der Politiker_innen inakzeptabel gewesen sein, haben es dann aber in beeindruckender Weise geschafft sich diskursiv durchzusetzen. Hier hat die CSU die Krise erfolgreich inszeniert und real gemacht, um sie für sich ‚auszubeuten‘. Was den Erfolg des Flüchtlingskrisendiskurses erklärt, ist das Anknüpfen dieser Kräfte an den für ‚Migrationskrisen‘ typischen restriktiven Krisenbearbeitungsmodus.

Hier sehen wir die kritische staatstheoretische Annahme von Nicos Poulantzas (1978/2002) bestätigt, dass der Staatsapparat nicht homogen ist, sondern aus sich intern widerstreitenden Segmenten und Akteursgruppen besteht. Nicht alle teilen die Seehofer’sche und die de Maizière’sche Diktion, räumen aber ein, dass es so etwas wie eine ‚Belastungsgrenze‘ gibt, sei sie subjektiv gefühlt oder objektiv in Zahlen messbar. Der hegemoniale Konsens hat sich schnell verschoben. Verweise auf das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Asyl und internationale Flüchtlingsrechtsnormen nehmen sich demgegenüber maßlos aus, da sie keine Obergrenze setzen. Gesellschaftsdiagnostiker_innen wie Ulrich Brand oder Christa Wichterich haben in ihren Analysen zum Umgang mit der „Vielfachkrise“ (Brand 2009, Wichterich 2010), also der Kombination von Finanz-, Nahrungs-, ökologischer, *care* und anderen Krisen, gezeigt, dass es eine Hierarchisierung der Formen der Krisenbearbeitung gibt. Diese dient dazu, die „dominante Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) abzusichern – ein Befund, der auch bei der aktuellen Bearbeitung der ‚Flüchtlingskrise‘ nicht von der Hand zu weisen ist. Wie sonst sind die Warnungen ‚wir können doch nicht das Elend der Welt bei uns aufnehmen‘ zu verstehen? Es geht um die Absicherung ‚unserer‘ Lebensweise. So weit weg von den in den Romanen verarbeiteten Dystopien der Europa erstürmenden Habenichtse ist das nicht. In der Hierarchie der Problemlösungsmodi steht daher ganz oben die Forderung die „Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen“ (Tenor von Merkel und anderen beim CSU-Parteitag, 20./21.11.2015).

Zum Zolberg’schen „Migrationskrisengeist“ zurückkehrend, lässt sich so die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb Europas und das Errichten von Grenzzäunen verstehen. Das grenzenlose Europa ist eine gewesene Erzählung – abgesehen davon, dass für zahlreiche Personen, vor allem nicht-weißer Hautfarbe, ein solches Europa nie existiert hat.

Die interdisziplinäre Grenzforschung mag das nicht überraschen, denn Entgrenzungsprozesse gehen häufig mit neuen Grenzziehungsprozessen einher. Chris Rumford nennt sie die „massive processes of securitized rebordering“ (Rumford 2006: 157), die insbesondere in Zeiten der Angst vor offeneren Grenzen festzustellen sind. Grenzkontrollen sollen suggerieren, Terroristen könnten an den Grenzen abgehalten werden, sie könnten die Arbeitsmigration kontrollieren und die Zahl ankommender Flüchtlinge steuern. Auch wenn dieser Steuerungsoptimismus längst von sehr unterschiedlichen Richtungen der Migrationsforschung – einer empirisch-skeptischen wie auch einer theoretisch-skeptischen Richtung – widerlegt wurde (Cornelius et al. 2004, Castles 2005, Moulier-Boutang 1993, Oltmer 2015), so ist doch zu konstatieren, dass es zu einer differenziellen In- und Exklusion an den Grenzen kommt. Bislang wurde mit diesem Konzept vor allem die Frage des Zugangs zu sozialen Rechten, also einer Dimension von *citizenship*, bearbeitet (Goldring/Berinstein/Bernhard 2009, Ataç/Rosenberger 2013). Die aktuelle Diskussion um Flucht und Grenzkontrollen zeigt aber, dass der Zugang zur EU und zu Deutschland entlang spezifischer Ausdifferenzierungen organisiert werden soll: Personen aus Syrien dürfen rein, aus Pakistan nicht. Gedacht wird dieser differenzielle Zugang entlang der Linie, wer *vermutlich* ein Anrecht auf Schutz hat. In diesem Sinne wird aktuell der Begriff der Bleibeperspektive neu kreiert und zum den Zugang zu Schutz und sozialer Infrastruktur (bspw.

Sprachkursen) kanalisierenden unbestimmten Rechtsbegriff. Mit Konzepten aus der Fluchtforschung kann dies als Versuch interpretiert werden, in dieser unübersichtlichen Situation – insbesondere angesichts der sogenannten „mixed migration flows“ (UNHCR 2008) und großer Fallzahlen – möglichst rasch Kategorien und „labels“ zuzuweisen (Zetter 2007, Crawley/Skleparis 2017), um mit diesen dann die um Einreise und Aufnahme nachsuchenden Menschen vorzusortieren. Wobei diese Vorsortierung an den Grenzen oder vor Abschluss des Asylverfahrens dem deutschen Grundrecht auf Einzelfallprüfung von Asylgesuchen widerspricht. Mit dem Arbeitsmigrationsforscher Martin Ruhs (2013) lässt sich ein weiterer Zusammenhang vermuten. Er hat die viel diskutierte und für Advokat_innen von offeneren Migrationsregimen als provokant empfundene These des „trade-offs between openness and rights“ (Ruhs 2013: 111) aufgestellt. Also, dass je offener sich eine Gesellschaft gegenüber Neuzuwanderer_innen zeige, desto mehr würden deren Rechte beschnitten werden. Dies nennt er den „Preis der Rechte“ (ebd.). Ist es das, was wir gerade in ähnlicher Form mit den massiven Einschränkungen des Asylrechts beobachten können?

Die Krise wird also von politischen Akteuren für eine zunehmende Schließung von Grenzen genutzt. Andererseits ist der offene Moment der Krise nicht zu unterschätzen, nämlich die schon erwähnte Willkommenskultur. Ebenso der ‚kurze Sommer der offenen Grenzen‘ bzw. ‚lange Sommer der Migration‘ als Anfang September 2015 für zwei Wochen de facto auf der Balkanroute bis nach Österreich und Deutschland keine Grenzkontrollen stattfanden (Hess et al. 2016). Die zivilgesellschaftlichen Initiativen des Helfens wurden aber auch von politischer Seite zur Inszenierung Deutschlands genutzt, um sich von anderen europäischen Ländern positiv abzugrenzen. Der Willkommensdiskurs wurde bald durch die bereits erwähnte Krisenrhetorik überlagert und über die Einteilung in schützenswerte und nicht-schützenswerte Geflüchtete das Willkommen-Heißen immer selektiver. Dieser diskursive Zusammenhang wird im Folgenden exemplarisch anhand der Kategorisierung von Rom_nja analysiert.

3. Rom_nja: Gute ‚echte‘ versus schlechte ‚unechte‘ Flüchtlinge

Die nun folgende knappe Diskursbetrachtung zeigt eindrücklich, wie die Kategorisierung unterschiedlicher Herkunftsgruppen von Geflüchteten als legitime oder illegitime Schutzsuchende funktioniert. Im politischen Diskurs wird eine Dichotomie zwischen Geflüchteten aus dem ehemaligen Jugoslawien, insbesondere Rom_nja, und Geflüchteten aus Syrien hergestellt. Diskurse sind anknüpfend an Michel Foucault herrschaftslegitimierend und herrschaftssichernd (vgl. Jäger 2001: 82). Sie spiegeln gesellschaftliche Wirklichkeit nicht nur wider, sondern prägen diese mit und lassen uns Machtpositionen verstehen (vgl. ebd.: 85).

Eine diskursanalytische Betrachtung der medialen Berichterstattung im Jahr 2015 zeigt, dass dichotom zwischen guten, ‚echten‘ Flüchtlingen und schlechten, ‚unechten‘ Flüchtlingen unterschieden wird. Dieser Mediendiskurs lässt sich natürlich nicht getrennt von der politischen Ebene betrachten, da diese miteinander verwoben sind.

Die Gegenüberstellung von Asylbewerber_innen aus Balkanstaaten und derjenigen aus aktuellen Kriegsgebieten wie Syrien wird etwa an der Überschrift eines Artikels aus der Welt (14.02.2015) ersichtlich, die sich auf eine Aussage des Innenministers von Baden-Württemberg bezieht: „Andrang vom Balkan behindert Aufnahme von Kriegsflüchtlingen.“. Zwei Gruppen von Geflüchteten werden in ein Konkurrenzverhältnis gestellt. Dabei schwingt mit, dass die Aufnahme von Kriegsgeflüchteten Vorrang hat bzw. dass den Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Legitimität ihres Schutz-

gesuchs fehlt und diese sogar am Leid anderer, der syrischen Geflüchteten, mit Schuld tragen. In einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung (23.07.2015) macht der Verfasser es explizit:

„Die Bilder von den Verzweifelten haben diese Herzlichkeit befördert: syrische Kinder in zerbombten Städten, Afghanen auf der Flucht vor den Taliban, überfüllte Schlauchboote auf hoher See. Diese Bilder allerdings stehen nicht für alle Asylbewerber. Es kamen dieses Jahr fast so viele Menschen aus Kosovo wie aus Syrien, mehr aus Serbien als aus dem Irak, mehr aus Mazedonien als aus Eritrea.“

Bei einer Analyse dieser Dichotomisierung zwischen verschiedenen Gruppen von Geflüchteten kommt man nicht umhin, die Entwicklung des Diskurses in den vergangenen Jahren näher zu betrachten. Ab Herbst 2012 entspannt sich in Deutschland eine politische Auseinandersetzung über die Asylbewerber_innen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Im Oktober 2012 wirft der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich Geflüchteten aus Serbien und Mazedonien „Asylmissbrauch“ vor. Diese Begrifflichkeit ist nicht neu und tauchte auch bereits in früheren Debatten zu Asyl auf (Butterwegge/Hentges 2000). In der aktuellen politischen Debatte ist dann auch von „Asylbetrug“ die Rede. Diese Debatte schreibt sich in den folgenden Jahren in den politischen Diskurs um Flucht-migration aus dem ehemaligen Jugoslawien ein und „Asylmissbrauch“ bleibt als Konzept präsent. Der bayrische Innenminister Joachim Hermann sagte 2014 der dpa, dass der „massive Asylmissbrauch“ eingedämmt werden müsse, man könne „nicht akzeptieren, dass diese Staaten die Liste der Herkunftsländer anführen, obwohl die Anerkennungsquote nahe Null liegt“ (u.a. Spiegel Online 13.02.2014, Süddeutsche Zeitung 13.02.2014, Zeit Online 13.02.2014).

Wenn von den Geflüchteten, die sich als Rom_nja identifizieren bzw. Geflüchteten aus den Balkan-ländern – die häufig gleichgesetzt werden –, die Rede ist, wird eine Einschränkung des Flüchtlingsbegriffs über den Terminus Armut oder Wirtschaft vorgenommen. So z.B. in einem Text der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (14.09.2014):

„Allerdings gibt es gerade in der Union Bedenken, dass es ein Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge sein könnte, Asyl zu beantragen, wenn es die Vorrangprüfung nicht mehr gäbe. Bisher dauerte ein Asylverfahren im Durchschnitt sieben Monate. Wenn jemand weiß, dass er nach drei Monaten Wartezeit mehrere Monate in Deutschland offiziell arbeiten kann, dann könnte das ein guter Grund sein, Asyl zu beantragen. Gerade für die Roma vom Balkan, so geben selbst Grüne zu, könnte das eine Rolle spielen.“

Der Begriff ‚Armutflüchtling‘ wird in den Medien allerdings auch verwendet, um Rom_nja zu bezeichnen, die von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, Gebrauch machen und kein Asyl in Deutschland beantragen. So werden auch Menschen Teil eines Diskurses und einer Fluchtbewegung, für die das gar nicht zutrifft.

Dieser Diskurs um ‚Asylmissbrauch/-betrug‘ Anfang der 2000er Jahre hat die Aberkennung der Legitimität des Asylgesuchs und des Fluchtgrunds für Geflüchtete aus den ehemaligen jugoslawischen Republiken als Wahrheit zementiert und wirkt auch in die heutige Debatte zu Geflüchteten. Der Begriff für die ‚echten‘ Flüchtlinge aus Syrien, ‚Bürgerkriegsflüchtlinge‘, wird dem Ausdruck ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ entgegengestellt.

Allerdings verläuft die Kategorisierung nicht nur anhand der Dichotomisierung von zwei verschiedenen Gruppen von Flüchtlingen basierend auf deren Herkunftsregion. Für die Herstellung einer Hierarchie zwischen Geflüchtetengruppen, die Syrer_innen und Rom_nja an unterschiedliche Enden einordnet, ist unter anderem der Punkt der Bildung von zentraler Bedeutung. Die Welt (28.09.2015) beschreibt in einem Artikel den Arbeitsmarktzugang von Geflüchteten mit „Selbst syrische Ärzte tun sich schwer“. Oft werden Beiträge mit den passenden persönlichen Geschichten geflüchteter Aka-

demiker_innen angereichert. So auch dieser Artikel, der mit Bildern gebildeter weiblicher Geflüchteter illustriert ist (siehe Abbildung 1).

Geflüchtete, die Ärzt_innen oder Ingenieur_innen sind, werden im Rahmen des Diskurses zum Fachkräftemangel in Deutschland als wünschenswert betrachtet. Es wird angenommen, dass sie über ihr Bildungsniveau einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt haben, über ein Studium in Kontakt mit sogenannten ‚westlichen‘ Werten waren und dass sie weder eine Bedrohung darstellen – Stichwort Islamismus – noch auf Dauer finanzielle Unterstützung benötigen. Eng verknüpft ist dies mit dem Nützlichkeitsdiskurs von Migration, um in bestimmten sogenannten Mangelberufen Arbeitskräfte zu rekrutieren.

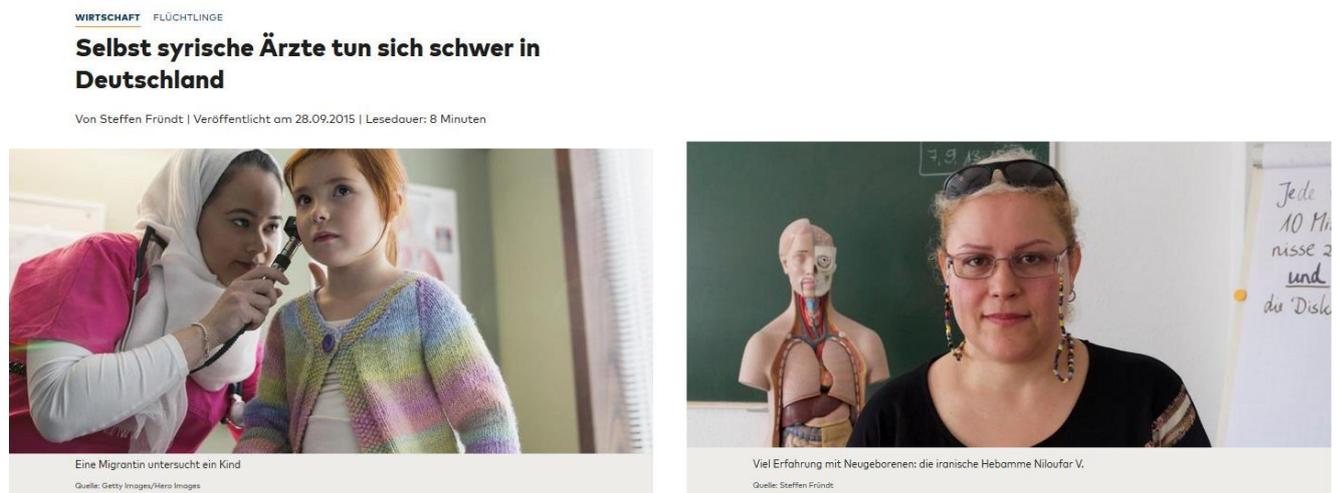


Abbildung 1: *Selbst syrische Ärzte tun sich schwer in Deutschland. In: DIE WELT, 28.09.2015.*

Ein weiteres Bild, auf das im Diskurs zu Geflüchteten verwiesen wird, ist die vermutete Kriminalität. So wurde in den Medien die Stellungnahme des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft Rainer Wendt diskutiert, der in der Passauer Neuen Presse (29.09.2015) von „knallharte[n] kriminelle[n] Strukturen“ in Flüchtlingsunterkünften sprach bzw. der Kommentar des Chefs des Bundes Deutscher Kriminalbeamter André Schulz, der in der Welt (09.11.2015) behauptete, dass zehn Prozent der Flüchtlinge kriminell seien – ohne dies einzuordnen (vgl. bspw. Geißler 2001). Aber auch unter Menschen ohne Fluchtgeschichte gibt es Kriminalität, insbesondere in sozial benachteiligten Verhältnissen. Unter dem Stichwort „alleinreisende junge Männer“ (z.B. Hannoversche Allgemeine 21.08.2015) wird die Angst vor Vergewaltigung und anderen Straftaten geschürt, was alleinreisende, muslimische junge Männer in der Hierarchie der erwünschten Migrant_innen herabsetzt. In Bezug auf Geflüchtete, die der Minderheit der Rom_nja angehören, geht es im Diskurs zu Migration um Bandenkriminalität und Rom_nja als Bedrohung, die die Ordnung durch Betteln stören. In einem Spiegel Online Artikel (23.10.2012) – zur Hochzeit der ‚Armutsmigrationsdebatte‘ – zur Migration von Rom_nja sowohl aus EU-Ländern als auch aus Drittstaaten steht: „Die Duisburger Polizei kennt ein Haus [...], in dem ganze Banden von Kindern hausen, die tagtäglich zum Stehlen ausgeschickt werden. Laut Innenministerium ist auch die Zahl von Wohnungseinbrüchen und Diebstählen an Geldautomaten zuletzt stark gestiegen.“ Es wird weitergehend ein Polizeibericht zitiert: „[es] wird [...] beobachtet, dass rumänische Tätergruppen (offensichtlich Familienclans) bandenmäßig [...] gewerbsmäßig Straftaten (...) begehen“ (Spiegel Online 23.10.2012). Der Beitrag bezieht sich hier auf rumänische Personen. Da ihm aber da-

vor ein Text zu Flucht aus dem ehemaligen Jugoslawien von Rom_nja vorangesetzt wird, scheint er für alle Rom_nja allgemeingültig – egal ob aus Rumänien oder aus dem ehemaligen Jugoslawien.

In der Hierarchisierung von Geflüchteten schneiden Rom_nja schlecht ab. Aufgrund der Diskriminierung in den Herkunftsländern und einer Jahrhunderte zurückreichenden Ausgrenzung verfügen sie oft über keine hohe – und vor allem kaum im deutschen Kontext nachgefragte und verwertbare – Bildung. Ihr ‚Opferstatus‘ ist im Gegensatz zu der Flucht vor Krieg weniger anerkannt, schwerer nachzuvollziehen und betrifft mit der Frage nach dem Ausmaß der ethnischen Diskriminierung und der antiziganistischen Anfeindungen durch das Herkunftsland eine Grauzone als Fluchtgrund.

Die hier nachgezeichnete Hierarchisierung von Geflüchteten ist in eine breitere Hierarchisierung zwischen Gruppen von Migrant_innen eingebettet. Die kritische Diskursanalyse bietet eine Möglichkeit zu verstehen, wie Politiken legitimiert werden, wie Machtverhältnisse sich in Kategorisierungen von Menschen einschreiben und wie diese Machtverhältnisse sich verfestigen oder aufgebrochen werden. Durch die Etablierung der fehlenden Legitimität des Asylgesuchs von Menschen aus Ex-Jugoslawien lassen sich ‚sichere Herkunftsstaaten‘ einrichten. Geflüchtete aus Syrien werden zunächst als ‚Kriegsflüchtlinge‘, bzw. auch als ‚gebildete‘ Flüchtlinge begrüßt, aber auch ihre Aufnahme lässt sich über einen Diskurs zur Kapazitätsgrenze zunehmend in Frage stellen. Durch die Dichotomisierung der Herkunftsländer der Geflüchteten lassen sich außerdem unterschiedliche Rechte entlang z.B. der Bleibeperspektive im Integrationsgesetz von 2016 für unterschiedliche Gruppen politisch durchsetzen.

Neben der Kategorisierung von Geflüchteten basierend auf Herkunftsregionen, Ethnizität und Bildung spielen auch das Geschlecht und der Familienstatus eine wichtige Rolle, wie im folgenden Abschnitt ausgeführt wird.

4. Das *Gendering* der ‚Flüchtlingskrise‘

Wie oben festgestellt wurde, wird nicht nur das Bild des gebildeten, zivilisierten syrischen Geflüchteten diskursiv zu den Rom_nja-Geflüchteten in Kontrast gesetzt, sondern eine Vielfalt unterschiedlicher Kategorisierungen zwischen erwünschten und unerwünschten Migrant_innen konstruiert. Dem intersektionalen Ansatz folgend (Klinger/Knapp 2007), finden diese Differenzsetzungen vor allem entlang der Achsen *race*, *class* und *gender* statt. Im Folgenden steht insbesondere die Bedeutung der Kategorie Geschlecht im Diskurs zur sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ im Fokus. Eine Genderperspektive leistet dahingehend einen zentralen Beitrag zum Verständnis der gegenwärtigen Dynamiken, dass sie den Blick darauf schärft, wie Differenz und Ungleichheit produziert und Ein- und Ausschluss legitimiert werden.

In der aktuellen Berichterstattung ist die Figur des „alleinreisenden männlichen Flüchtlings“ dominant. Dies spiegelt sich insbesondere auch auf der Bildebene wider, wie in einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (27.07.2015, siehe Abbildung 2) exemplarisch deutlich wird.



Abbildung 2: Flüchtlinge in Europa. Warum vor allem Männer Asyl suchen. In: SZ, 27.07.2015.

In den Berichten ist von einer Überrepräsentation männlicher Geflüchteter und dem Fehlen von Frauen die Rede. Dies wird statistisch damit untermauert, dass laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2014 zwei Drittel der Asylanträge (66,6 Prozent) von Männern gestellt wurden und von diesen mehr als 70 Prozent unter 30 Jahre alt waren (BAMF 2015). In dem Artikel in Spiegel Online (09.09.2015) wird daraus die Frage abgeleitet: „Warum kommen vor allem Männer über den Balkan und das Meer nach Mitteleuropa? Wo bleiben Frauen aus Krisengebieten?“

Im aktuellen Diskurs wird die ‚Flüchtlingskrise‘ daher als eine ‚männliche‘ konstruiert. Aus einer feministischen Perspektive ist dieser Zusammenhang keinesfalls ein einfacher statistischer Befund. Es stellt sich vielmehr die Frage, was mit diesem *Gendering* der ‚Krise‘ bewirkt wird. So geht der Topos der ‚Unsichtbarkeit geflüchteter Frauen‘ Hand in Hand mit der Problematisierung einer sogenannten ‚Maskulinisierung öffentlicher Räume‘ durch männliche Geflüchtete.

In einem Artikel in Die Welt vom 05.10.2015 warnt der Münchener Soziologe Armin Nassehi (2015) vor einer ‚Maskulinisierung öffentlicher Räume‘ durch die Ankunft vor allem junger, männlicher Geflüchteter in Deutschland. „Wer die Energie junger Männer nicht zu bündeln und zu kanalisieren weiß, erzeugt ein hohes Konfliktpotenzial,“ mahnt Nassehi und fährt fort, dies sei insbesondere der Fall, da „diese jungen Männer in patriarchalen Traditionen groß geworden sind“ (ebd.). Die Warnung vor Konflikten und Segregation durch Migration ist nicht neu und erinnert an die vielbeschworene Vision Samuel Huntingtons vom Kampf der Kulturen (Huntington 2002). Die dahinterliegende Konzeption von Kultur als homogen und statisch wurde vielfach kritisiert (z.B. Hall 1989). Im Vordergrund steht hier aber die Frage, auf welche Geschlechterstereotype abgestellt wird und wie diese in den Politiken der Migration wirksam werden. So wird die Männlichkeit der Geflüchteten als eine ‚Gefahr im öffentlichen Raum‘ gesehen, womit gemeinhin die Störung der öffentlichen Ordnung, Kriminalität, gewalttätige Ausschreitungen und Übergriffe gegen Frauen verbunden werden. Ist diese Assoziation in Nassehis Angst um den öffentlichen Raum bereits angelegt, warnen rechte Bewegungen und Medien, aber auch der Philologenverband Sachsen-Anhalt ganz explizit vor sexuellen Übergriffen gegen deutsche Frauen und Mädchen (Zeit Online 06.11.2015). In der Geschlechterforschung wurde die diametrale Gegenüberstellung von männlicher Gewaltbereitschaft und weiblicher Verletzungsoffenheit hinterfragt (z.B. Bruhns 2002, Bereswill 2007, Hagemann-White/Lenz 2002). In Bezug auf das Thema Gewalt und Geschlecht fand in der Forschung somit eine Öffnung statt (Meuser 2010): Von einer auf

die Konstellation männlicher Täter/weibliches Opfer begrenzten Perspektive wurde zunehmend zu einer Forschung übergegangen, die mehrdimensionale, hetero- als auch homosoziale Gewaltverhältnisse berücksichtigt, in der Männer und Frauen sowohl als Täter wie auch als Opfer in den Blick kommen. Außerdem müssen Faktoren berücksichtigt werden, die zu einer gesteigerten Aggressivität von Geflüchteten beitragen können: So z.B. die strukturellen Bedingungen von Geflüchteten in den Not- und Massenunterkünften sowie psychosoziale Faktoren, wie Traumatisierungen und Gewalterlebnisse im Zuge der Fluchterfahrungen. Genau einen solchen mehrdimensionalen und interdisziplinären Blick (z.B. Sauer 2011, zu einer Typologie von Männlichkeiten und Männlichkeitspolitiken Lenz 2014) braucht es in der Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt und Geschlechterverhältnisse in Zusammenhang mit Migration, um nicht Gefahr zu laufen, Kultur- und Geschlechterstereotype zu reproduzieren.

Mit dem Bild des ‚alleinreisenden männlichen Flüchtlings‘ als Gefahr findet jedoch nicht nur eine Essentialisierung von Geschlecht nach dem Schema männlicher Täterschaft und weiblicher Viktimisierung statt. Erst in Verbindung mit ihrer sogenannten „kulturellen Herkunft“, in der nach Nassehi „patriarchale Traditionen“ vorherrschen, erklärt sich das Gefahrenpotenzial der männlichen Geflüchteten. Aus einer postkolonialen Perspektive kann konstatiert werden, dass dieses *Othering* (Spivak 2008) der geflüchteten Männer nicht zuletzt die Funktion erfüllt, die eigene Identität als westliche, liberale und daher Frauenrechte schützende Nation zu behaupten.

Eine ähnliche Verknüpfung von Geschlecht und Kultur/Ethnizität wird mit dem Narrativ der ‚Unsichtbarkeit der geflüchteten Frau‘ hergestellt. So wird der Befund, dass Zweidrittel der Asylgesuche in Deutschland von Männern gestellt werden, mit reifizierenden Annahmen über Weiblichkeit und Männlichkeit erklärt: Männer seien körperlich fitter für die Flucht. Zudem hindere die Geschlechterungleichheit in den sogenannten ‚Herkunftskulturen‘ Frauen an einer Migration. Auch hier wird wieder die Rückständigkeit der ‚anderen‘ Kultur über den Maßstab egalitärer Geschlechterverhältnisse begründet. Feministische Argumente werden benutzt, um koloniale Zuschreibungen der Rückständigkeit nicht-westlicher Kulturen zu zementieren, die Überlegenheit des Westens zu demonstrieren und die Forderung nach einer Beschränkung der Zuwanderung zu legitimieren.

Im Diskurs zur ‚Unsichtbarkeit der geflüchteten Frau‘ wird außerdem vernachlässigt, dass – wie Zahlen des UNHCR (2015) zeigen – weltweit die Hälfte aller Geflüchteten Frauen und Mädchen sind. Sie flüchten aus denselben Gründen wie Männer: vor Krieg, Verfolgung und politischer Unterdrückung. Hinzukommen geschlechtsspezifische Fluchtgründe. Empirisch ist festzustellen, dass Frauen oft andere, unsichtbarere Fluchtwege als Männer nutzen und andere Fluchtziele haben. Es bedarf daher eines differenzierten Blicks auf das Verhältnis von Geschlecht und Flucht, der nicht auf den globalen Norden beschränkt bleibt. Scheinen medial die Gründe für die Unsichtbarkeit geflüchteter Frauen auf der Hand zu liegen, ist empirisch tatsächlich wenig über das Verhältnis von Geschlechterungleichheit und Mobilität in den ‚Krisengebieten‘ bekannt. Es bedarf daher verstärkt Forschungen, die diesen Zusammenhang untersuchen.

Wie bereits erläutert, erfüllen Diskurse immer auch die Funktion Herrschaftsverhältnisse zu legitimieren. Der Diskurs über die Unterdrückung der ‚anderen‘ Frauen sowie die Gefährdung ‚unserer‘ Frauen verdeckt die Bedeutung, die den restriktiven europäischen Migrationspolitiken in der Beschränkung von Migration entlang der Ungleichheitsachse Geschlecht zukommt. Dies wird in Deutschland aktuell an der Begrenzung des Rechts auf Familienzusammenführung deutlich. Mit dieser wird es vor

allem jenen schwerer gemacht nach Deutschland zu gelangen, deren Unterrepräsentation und Unsichtbarkeit beklagt wird: Frauen und Kindern.

5. Böses Erwachen nach dem Willkommen: Abschiebungen

Wie oben dargelegt, ist der Diskurs um die aktuelle Fluchtbewegung von Widersprüchlichkeiten geprägt. Diese werden zumindest teilweise erfolgreich reguliert und überdeckt: Ende Oktober 2015 verkündete Peter Altmaier, Flüchtlingskoordinator und Kanzleramtschef, er sei überzeugt davon, dass man die Zahl an Abschiebungen erhöhen müsse, um – zugespitzt – so Platz für jene zu schaffen, die wirklich Schutz bedürften (CDU/CSU 2015). Die Rechtfertigung von Abschiebungen wird so mittels der geschilderten diskursiven Trennung zwischen ‚echten‘ und ‚unechten‘ Flüchtlingen mit dem Willkommenskulturdiskurs verknüpft.

Während derzeit vor allem über technische Lösungen diskutiert wird, wie die Zahl an Abschiebungen erhöht werden kann, wird mit Blick auf die in Osnabrück, aber auch in zahlreichen anderen Orten ausgetragenen Auseinandersetzungen ersichtlich, dass Abschiebungen Gegenstand gesellschaftlicher Kontroversen sind. Verhandelt werden hierbei u.a. Fragen von Zugehörigkeit, staatlicher Definitionsmacht und zivilgesellschaftlichem Ungehorsam. Bridget Anderson, Matthew Gibney und Emanuela Paoletti haben es so formuliert: „deportation is [...] liable to generate conflicts among citizens and between citizens and state authorities over the question who is part of the normative community of members“ (Anderson/Gibney/Paoletti 2011: 548). Abschiebungen wird nicht erst seit heute mit öffentlichen Protesten begegnet. Dabei unterliegen Protestbegründungen einem historischen Wandel. Proteste gegen Abschiebungen zielen nicht nur auf veränderte administrative Entscheidungen oder Gesetzesänderungen ab, sondern werden auch maßgeblich von einer Reihe von Gesetzen und (administrativen) Praktiken beeinflusst. Die Frage, wer Teil der normativen Gemeinschaft von Mitgliedern ist, und die damit zusammenhängende Infragestellung von Abschiebung sind historisch spezifisch. Insbesondere strukturelle Teilhabemöglichkeiten von Migrant_innen – Unterbringung, Arbeit, Schule – sowie deren Kategorisierung und Wahrnehmung beeinflussen das Aufkommen von Protesten maßgeblich. Während sich Proteste in den 1960er und 1970er Jahren vor allem gegen die Abschiebung von türkischen, italienischen und iranischen Migrant_innen richteten, die in Deutschland in der Arbeiter_innen- oder Studierendenbewegung aktiv waren, kam es – mit der Verschärfung der Migrations- und Asylgesetzgebung und den gewandelten Zugangsmöglichkeiten und Zielgruppen von Abschiebungen – seit den 1980ern vorwiegend zu Protesten gegen die Abschiebung abgelehnter Asylsuchender bzw. später vor allem gegen die Abschiebung langjährig geduldeter Menschen. Selbstorganisierte Proteste von Migrant_innen und Geflüchteten gegen Abschiebungen fanden durchgängig statt, erlangten allerdings ab 2012 eine neue Intensität und Sichtbarkeit.

In den letzten Jahren lassen sich vermehrt Anti-Abschiebeproteste beobachten, die sich, wie in Osnabrück (Hinger/Kirchhoff/Wiese 2018), gegen Dublin-Abschiebungen richten. Zwischen März 2014 und Juli 2015 wurden in Osnabrück 37 Abschiebungen durch kollektive Aktionen verhindert. An diesen Abschiebeverhinderungen beteiligten sich Geflüchtete selbst, Menschen aus dem kirchlichen und aktivistischen Spektrum sowie weitere Osnabrücker Bürger_innen. Das Konzept wurde schnell zum bundesweiten Exportschlager: Aktivist_innen aus dem Bündnis reisten zu Vorträgen und es kam zu einer Reihe ähnlicher Aktionen in vielen anderen Städten. Für die soziale Bewegungsforschung sind diese Proteste insofern besonders interessant, da sie eine der Grundannahmen über Anti-Abschiebeproteste widerlegen: dass lediglich enge soziale Bindungen zu Protesten führen (Rosen-

berger/Winkler 2014). Solche Proteste sind demnach eher für langjährig Geduldete zu erwarten und weniger für Menschen mit kurzer Aufenthaltsdauer. Die Entstehung dieser Proteste ist zumindest in Osnabrück eng mit der großen Bereitschaft verknüpft, neu ankommende Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen – z.B. indem ihnen Deutsch unterrichtet wird. Dies schafft Begegnungen, die die Auswirkungen der deutschen und europäischen restriktiven Migrationspolitik für viele erst sichtbar machen und eine emotionale Betroffenheit herstellen. So äußerte sich eine unserer Osnabrücker Interviewpartner_innen wie folgt:

„[W]ir wollten uns ab da dann regelmäßig treffen, um Deutsch zu lernen und das hat überhaupt nicht funktioniert, weil gleich beim ersten Treffen einer einen Brief dabei hatte und wissen wollte, was da drinsteht und dann habe ich das übersetzt und dann haben sich für mich also wirklich super schnell so Abgründe aufgetan, [...] das hat mich so, ja, erschüttert, dass ich natürlich nicht dabei bleiben wollte, jemandem Deutsch beizubringen, der gar nicht weiß, ob er hier bleiben darf“ (Interview, 21.07.2015, Osnabrück)

Nicht nur für diese Unterstützerin, sondern für viele der ehrenamtlich Engagierten war schlicht unvorstellbar, dass die Menschen, die sie eben noch beim Ankommen in Osnabrück unterstützt haben, nun wieder gehen sollten. Der direkte Kontakt zu Geflüchteten brach so den passiven Konsens bezüglich der restriktiven Asylgesetzgebung zumindest teilweise auf. Unseres Erachtens lässt sich vom Kleinen aufs Große schließen: Die ‚Willkommenskultur‘, die es seit der Errichtung städtischer Sammelunterkünfte gab und sich auch in Osnabrück bei Diskussionen um die Erstaufnahmeeinrichtung in der Sedanstraße zeigte, könnte als Vorläufer und lokales Pendant zur sommerlichen bundesweiten ‚Willkommenskultur‘ verstanden werden – inklusive ihrer ambivalenten Tendenzen.

Im Sommer 2015 ist die Zahl von Menschen, die die EU und Deutschland lebend erreichten, erheblich gestiegen. Damit einher ging ein bisher unbekanntes Maß an Engagement für Geflüchtete, welches von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wurde (Karakayalı/Kleist 2015) – eine Situation, die die deutsche und europäische Gesellschaft nachhaltig verändern wird. Zeitgleich zu dieser gesellschaftlichen Öffnung findet eine staatliche Schließung bzw. erneute Verschärfung der Asylpolitik statt. Auch das Verbot von Abschiebeankündigungen, das eine der Voraussetzungen für den Erfolg der Abschiebeverhinderungen in Osnabrück war, wirkt sich auf die Bedingungen von Anti-Abschiebeprotesten aus.

Der Ausgang der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ ist dennoch weiterhin offen. Die Konflikte um Abschiebungen werden sich nicht technisch auflösen lassen. Im Gegenteil: Der gesellschaftliche Konflikt darum, wer „part of the normative community of members“ (Anderson/Gibney/Paoletti 2011: 548) sein soll, hat sich in den letzten Monaten verschärft. Der gesellschaftliche Protest und Widerstand gegen Abschiebungen wird ebenso wenig verschwinden wie die neu hinzugekommenen Menschen. Die Frage ist allerdings, unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten sie migrieren, leben und arbeiten können.

6. Ausblick

Das Querlesen der aktuellen Diskussionen hat seinen Ausgangspunkt in einigen Überlegungen zur Krise und ihrer Bearbeitung genommen und die Willkommenskultur ebenso wie die temporär offenen und nun wieder verstärkt errichteten Grenzen und Zäune passiert. Es folgte die Auseinandersetzung mit der Zweiteilung in gute und schlechte Flüchtlinge sowie mit den Vergeschlechtlichungen des Diskurses und endete mit der gesellschaftlichen Konflikthaftigkeit von Abschiebungen.

Das in unserem bisherigen Beitrag exemplarisch an den Entwicklungen zur Fluchtthematik zum Ausdruck gekommene Forschungsprogramm des Fachgebietes Migration und Gesellschaft umfasst vier Ebenen: Erstens die soziologische Analyse von *Veränderungen von Migrationsprozessen*. Diesbezüglich interessieren uns politische und gesellschaftliche Veränderungen in Deutschland und Europa als auch in anderen Weltregionen, insbesondere Lateinamerika und Südasien. Zweitens fokussieren wir auf die Identifikation und Analyse der Aushandlungspraxen zwischen den verschiedenen *Akteuren und Institutionen in Migrationsregimen*. Als Migrationsregime verstehen wir – anders akzentuiert als der Regimebegriff in der Disziplin der Internationalen Beziehungen – das zumeist nicht kohärente Ensemble von Normen, Praktiken, Diskursen und Wissens-Macht-Komplexen, durch das Migration erst als solche hervorgebracht und gedeutet wird. Aus dieser Perspektive sind Migrationsregime zwar von gesellschaftlichen Machtverhältnissen durchzogen, werden aber nicht von staatlichen Akteuren und einflussreichen Interessensgruppen determiniert. So sind Regulationen (bspw. bilaterale Arbeitsmigrationsabkommen, Integrationspläne, Unterbringungskonzepte für Geflüchtete) das Ergebnis von konkreten Aushandlungspraxen von Akteuren in unterschiedlichen Machtpositionen. Damit verbunden ist die dritte Ebene unserer Arbeit im Fachgebiet, die die *Subjekte von Migration und Subjektivierungsweisen* in Migrationsgesellschaften sowohl in den Herkunfts- als auch den Zielregionen umfasst – eine Perspektive, die in anderen Arbeiten mehr im Fokus steht als in der vorliegenden. Schließlich wird viertens der Blick auf die wissenschaftliche sowie politisch-diskursive *Wissensproduktion* im Feld von Migration gelegt. Es geht darum, zu verstehen, wie es zu bestimmten Begrifflichkeiten, Definitionen und Konzepten in der Migrationsforschung kommt (z.B. wer als Migrant_in zählt) und welche Wirkmächtigkeit diese Konzepte entfalten (z.B. als Statistiken, als Grundlage von Politiken). Wie in dieser Antrittsvorlesung deutlich geworden ist, gehört die Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht und der intersektionalen Verschränkung sozialstruktureller Kategorien selbstverständlich zu einer umfassenden Analyse von Migrationsprozessen. Migrationsdiskurse und Migrationspolitiken weisen stets ein spezifisches, oft nicht ausgewiesenes (oder wie in der aktuellen Debatte um Flucht exponiertes) Geschlechterwissen auf.

Wir vertreten ein kritisches, eingreifendes, oder auch *Public Sociology* (vgl. Burawoy 2005, 2014) genanntes Selbstverständnis als Sozialwissenschaftlerinnen bzw. Soziologinnen, die sich auch in öffentlichen Diskussionen zu Wort melden. Dabei ist es wichtig, die eigene Reflexionsfähigkeit nicht zu verlieren. Michael Bommers, der viel zu früh verstorbene Vorgänger auf der Professur, sah es kritisch, dass die Migrationsforschung oft zu eng mit ihrem Gegenstand verstrickt ist. Aus diesem Grund sowie aus wissenschaftlicher Neugierde gilt es die expliziten und impliziten Wissensbestände von gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf Migrationsprozesse – und der Migrationsforschung selber – zu ergründen und zu reflektieren.

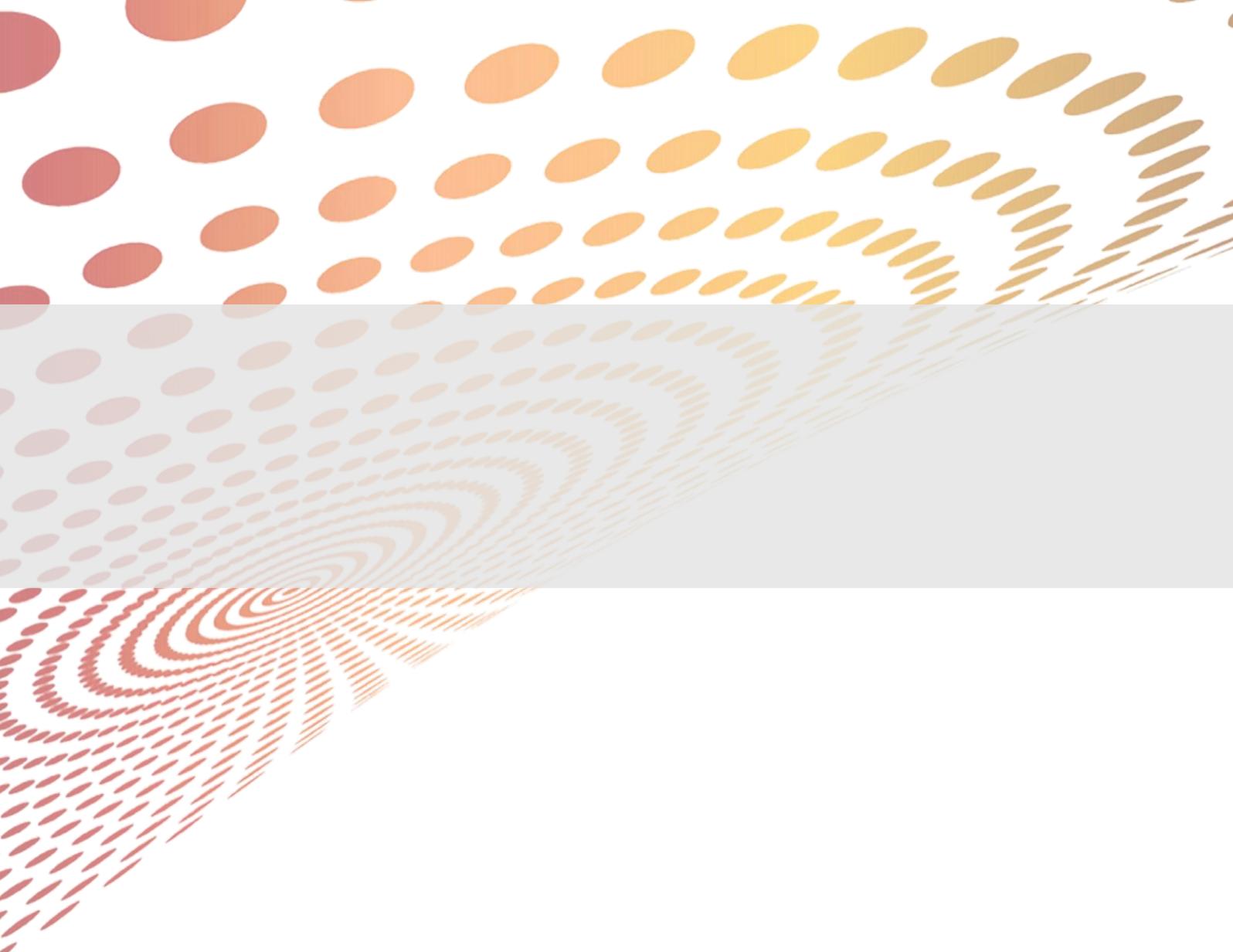
7. Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis (2010/1970): Ideologie und ideologische Staatsapparate. In: Frieder O. Wolf (Hrsg.): 1. Halbband: Michel Verrets Artikel über den „studentischen Mai“, Ideologie und Ideologische Staatsapparate, Notiz über die ISA. Hamburg: VSA, S. 37-103.
- Anderson, Bridget/Gibney, Matthew J./Paoletti, Emanuela (2011): Boundaries of belonging: deportation and the constitution and contestation of citizenship. In: *Citizenship Studies* 15, 5, S. 547-563.
- Ataç, Ilker/Rosenberger, Sieglinde (2013): Inklusion/Exklusion – ein relationales Konzept der Migrationsforschung. In: Dies. (Hrsg.): Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen: V & R Unipress, S. 35-52.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration. Online:
http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2014.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff 17.10.2015).
- Bereswill, Mechthild (2007): Sich auf eine Seite schlagen. Die Abwehr von Verletzungsoffenheit als gewaltsame Stabilisierung von Männlichkeit. In: Bereswill, M./Meuser, M./Scholz, S. (Hrsg.): Dimensionen der Kategorie Geschlecht: Der Fall Männlichkeit. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 101-118.
- Boin, Arjen/'t Hart, Paul/McConnell, Allan (2009): Crisis Exploitation: Political and Policy Impacts of Framing Contests. In: *Journal for European Public Policy* 16, 1, S. 81-106.
- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo academicus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Webdossier für die Heinrich Böll Stiftung, Berlin. Online:
https://www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf (Zugriff 05.12.2018).
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Bruhns, Kirsten (2002): Gewaltbereitschaft von Mädchen - Wandlungstendenzen des Geschlechterverhältnisses? In: Dackweiler, R./Schäfer, R. (Hrsg.): Gewaltverhältnisse. Feministischen Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 171-197.
- Burawoy, Michael (2005): For Public Sociology. In: *American Sociological Review* 70, 1, S. 4-28.
- Burawoy, Michael (Hrsg. 2014): Special Issue: Precarious Engagements: Combat in the Realm of Public Sociology. *Current Sociology*, 62, 2, Monograph 1. Thousand Oaks: Sage.
- Butler, Judith (2001): *Psyche der Macht: Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2000): ‚Ausländer und Asylmissbrauch‘ als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(inn)en. In: Butterwegge, Ch./Lohmann, G. (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Wiesbaden: VS, S. 83-99.
- Castles, Stephen (2005): Warum Migrationspolitiken scheitern. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 25, 97/98, S. 10-34.

- CDU/CSU-Fraktion im Bundestag (23.10.2015): Länder müssen Asyl-Gesetz konsequent anwenden. Online: <https://www.cducsu.de/themen/innen-recht-sport-und-ehrenamt/laender-muessen-asyl-gesetz-konsequent-anwenden> (Zugriff 11.12.2018).
- Cornelius, Wayne A. et al. (Hrsg. 2004): Controlling Immigration. A Global Perspective. Stanford, California: Stanford University Press.
- Die Welt (09.11.2015): Zehn Prozent der Flüchtlinge werden straffällig. Online: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article148582571/Zehn-Prozent-der-Fluechtlinge-werden-straffaellig.html> (Zugriff 20.03.2017).
- Die Welt (14.02.2015): Andrang vom Balkan behindert Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Online: <https://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article137455332/Andrang-vom-Balkan-behindert-Aufnahme-von-Kriegsfluechtlingen.html> (Zugriff 21.03.2017).
- Die Welt (28.09.2015): Selbst syrische Ärzte tun sich schwer in Deutschland. Online: <https://www.welt.de/wirtschaft/article146922176/Selbst-syrische-Aerzte-tun-sich-schwer-in-Deutschland.html> (Zugriff 21.03.2017).
- Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (14.09.2014): Flüchtlingsnotstand. Online: <http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/FAS/20140914/fluechtlingsnotstand/SD1201409144373592.html> (Zugriff 05.12.2018).
- Geißler, Rainer (2001): Sind ‚Ausländer‘ krimineller als Deutsche? Anmerkungen zu einem vielschichtigen Problem. In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik 50, 1.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2001): ‚Kritische Ereignisse‘ und ‚kritischer Moment‘: Pierre Bourdieus Modell der Vermittlung von Ereignis und Struktur. In: Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft 19, S. 120-137.
- Goldring, Luin/Berinstein, Carolina/Bernhard, Judith K. (2009): Institutionalizing precarious migratory status in Canada. In: Citizenship Studies 13, 3, S. 239-265.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte Heft 1 - 15, 7 Bände. Hamburg, Berlin: Argument.
- Hagemann-White, Carol/Lenz, Hans-Joachim (2002): Gewalterfahrungen von Männern und Frauen. In: Hurrelmann, K./Kolip, P. (Hrsg.): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Männer und Frauen im Vergleich. Bern: Huber, S. 460-487.
- Hall, Stuart (1989): Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus. Rätzel, N. (Hrsg.). Hamburg: Argument.
- Hannoversche Allgemeine (21.08.2015): Braunschweiger Polizei richtet Soko ‚Asyl‘ ein. Online: <http://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Uebersicht/Braunschweiger-Polizei-richtet-eine-Soko-Asyl-ein> (Zugriff 27.03.2017).
- Hay, Colin (1996): Narrating Crisis. The Discursive Construction of the ‚Winter of Discontent‘. In: Sociology 30, 2, S. 253-277.
- Hess, Sabine et al. (Hrsg. 2016): Der lange Sommer der Migration: Grenzregime III. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Hinger, Sophie/Kirchhoff, Maren/Wiese, Ricarda (2018): „We Belong Together!“ Collective Anti-deportation Protests in Osnabrück. In: Rosenberger, S./Stern, V./Merhaut, N. (Hrsg.): Protest Movements in Asylum and Deportation. IMISCOE Research Series. Amsterdam: Springer, S. 163-184.
- Huntington, Samuel (2002): Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Goldmann.

- Jäger, Siegfried (2001): Diskurs und Wissen: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller R. et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich, S. 81-112.
- Jessop, Bob/Young, Brigitte/Scherrer, Christoph (Hrsg. 2015): Financial Cultures and Crisis Dynamics. New York: Routledge.
- Karakayalı, Serhat/Kleist, Olaf (2015): EFA-Studie. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. Online: https://www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf (Zugriff 08.03.2019).
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2007): Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, ‚Rasse‘/Ethnizität. In: Klinger C./Knapp G./Sauer B. (Hrsg.): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 19-41.
- Lenz, Ilse (2014): Geschlechterpolitiken und Männlichkeiten. In: Behnke C./Lengersdorf, D./Scholz, S. (Hrsg.): Wissen – Methode – Geschlecht: Erfassen des fraglos Gegebenen. Wiesbaden: VS Verlag, S. 265-279.
- Meuser, Michael (2010): Geschlechtersoziologie. In: Kneer, G./Schroer M. (Hrsg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: Springer, S. 145-162.
- Moulier-Boutang, Yann (1993): Interview mit Yann Moulier-Boutang, Mai 1992. In: Materialien für einen neuen Antiimperialismus 5, S. 29-55.
- Nassehi, Armin (2015): Die Energie der vielen Männer kanalisieren. In: Die Welt, 05.10.2015: Online: <https://www.ls1.sozioogie.uni-muenchen.de/personen/professor/nassehi/publikationen/2015/welt-flucht.pdf> (Zugriff 05.12.2018).
- Oltmer, Jochen (2015): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Passauer Neue Presse (29.09.2015): ‚Knallharte kriminelle Strukturen‘ in Flüchtlingsheimen. Online: http://www.pnp.de/nachrichten/politik/1821864_Knallharte-kriminelle-Strukturen-in-Fluechtlingsheimen.html (Zugriff 20.03.2017).
- Poulantzas, Nicos (1978/2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg: VSA.
- Raspail, Jean (1973): Les Camp des Saints. Paris: Robert Laffont.
- Rosenberger, Sieglinde/Winkler, Jakob (2014): Com/passionate Protests: Fighting the Deportation of Asylum Seekers. In: Mobilization: An International Quarterly 19, 2, S. 165-184.
- Ruhs, Martin (2013): The Price of Rights. Regulating International Migration. Princeton: Princeton University Press.
- Rumford, Chris (2006): Theorizing Borders. In: European Journal of Social Theory 9, 2, S. 155-169.
- Sauer, Birgit (2011): Migration, Geschlecht, Gewalt: Überlegungen zu einem intersektionellen Gewaltbegriff. In: GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 3, S. 44-60.
- Schwenken, Helen (2018): Globale Migration zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Spiegel Online (09.09.2015): Geschlecht und Asyl: Frauen und Kinder zuletzt. Online: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-warum-vor-allem-maenner-nach-deutschland-kommen-a-1051755.html> (Zugriff 17.10.2015).
- Spiegel Online (12.11.2015): Zuwanderung nach Europa: Schäuble vergleicht Flüchtlingsbewegung mit Lawine. Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-schaeuble-vergleicht-fluechtlingsbewegung-mit-lawine-a-1062373.html> (Zugriff 05.12.2018).

- Spiegel Online (13.02.2014): CSU-Minister wettet gegen Balkan-Flüchtlinge. Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-zu-asyl-herrmann-will-serbien-fluechtlingentäschengeld-streichen-a-953170.html> (Zugriff 21.03.2017).
- Spiegel Online (23.10.2012): Roma in Duisburg: Zuwanderer aus Rumänien. Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/roma-in-duisburg-zuwanderer-aus-rumaenien-in-nrw-a-862059.html> (Zugriff 27.03.2017).
- Spivak, Gayatri (2008): Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant.
- Süddeutsche Zeitung (13.02.2014): Herrmann wettet gegen ‚Scheinflüchtlinge‘. Online: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/asyl-bayern-fordert-einschreiten-gegen-scheinfluechtlinge-1.1887388> (Zugriff 27.03.2017).
- Süddeutsche Zeitung (23.07.2015): Seehofers Lust an der Provokation. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/fluechtlinge-seehofers-lust-an-der-provokation-1.2577238> (Zugriff 27.03.2017).
- Süddeutsche Zeitung (27.07.2015): Flüchtlinge in Europa. Warum vor allem Männer Asyl suchen. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-europa-warum-vor-allem-maenner-asyl-suchen-1.2584201> (Zugriff 10.08.2016).
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2008): Mixed migration flow: pictures and testimonies from Bossaso. UNHCR Somalia. Online: <http://www.unhcr.org/487b44f92.html> (Zugriff 25.10.2009).
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2015): Weltflüchtlingszahlen: Global Trends. Online: <https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken.html> (Zugriff 20.05.2016).
- Weiner, Myron (1995): The Global Migration Crisis. Challenge to State and to Human Rights. New York: Harper-Collins.
- Wichterich, Christa (2010): Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. In: PERIPHERIE – Politik, Ökonomie, Kultur 118/119, S. 164-187.
- Zeit Online (06.11.2015): Lehrerverband warnt Mädchen vor Asylbewerbern. Online: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-11/sachsen-anhalt-sexualitaet-muslime-maenner-maedchen> (Zugriff 11.10.2016).
- Zeit Online (13.02.2014): CSU will weniger Serben ins Land lassen. Online: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-02/asyl-bayern-csu-herrmann> (Zugriff 27.03.2017).
- Zolberg, Aristide R. (2001): Introduction: Beyond the crisis. In: Zolberg, A. R./Benda, P. M. (Hrsg.): Global Migrants, Global Refugees: Problems and solutions. New York/Oxford: Berghahn, S. 1-16.



Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Universität Osnabrück
D-49069 Osnabrück
www.imis.uni-osnabrueck.de